

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenspille oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 17. November 1863,

betreffend die Benützung des öffentlichen Credits zur Bedeckung eines Theiles der Staatsausgaben in der Finanzperiode 1864;

wirksam für das ganze Reich.

Mit Zustimmung der beiden Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

- Art. 1. Der Finanzminister wird ermächtigt:
- zur Bedeckung des Abganges an den Staatseinnahmen in der Finanzperiode 1864 gegenüber dem verfassungsmäßig festzusetzenden Erfordernisse einen Betrag von 15.000.000 fl.
 - zur Bestreitung der in dem Gesetze vom heutigen Tage aus Anlaß des Nothstandes in einem Theile des Königreiches Ungarn bewilligten außerordentlichen Ausgaben einen Betrag von 20.000.000 „
 - zur theilweisen Einziehung der auf Grund Meiner Verordnung vom 17. November 1860, Nr. 256 R. G. Bl., hinausgegebenen Münzscheine 8.000.000 „
 - zur Ergänzung der Kassebestände 6.000.000 „
 - zur Verminderung der gegenwärtigen Gesamtsumme der Partialhypothekaranweisungen 20.000.000 „

mithin im Ganzen 69.000.000 fl.

im Wege des Credits auf die den Staatsschatz möglichst wenig belastende Weise zu beschaffen.

Art. 2. Für den Fall, als die in den Staatsvoranschlag mit einem Ertrag von 16.115.200 fl. aufgenommene neue Personal-, Luxus- und Klassensteuer nicht oder doch nicht mit dem veranschlagten Ertrage eingeführt werden sollte, wird der Finanzminister ermächtigt, den dießfalls an obigem Ertrage pr. 16.115.200 fl. sich ergebenden Abgang auf gleiche Weise wie im Art. 1 zu beschaffen.

Art. 3. Die dermal noch im Umlaufe befindlichen Münzscheine sind nach Maßgabe der durch das gegenwärtige Gesetz beschafften Mittel bis auf den Betrag von vier Millionen Gulden einzuziehen.

Art. 4. Die Gesamtsumme der hinausgegebenen Partialhypothekaranweisungen wird auf 80 Millionen Gulden festgesetzt, und sind mit den im Art. 1 e) bewilligten 20 Millionen Gulden die über jene Gesamtsumme im Umlaufe befindlichen Partialhypothekaranweisungen einzuziehen.

Art. 5. Die Kassebestände sind in der Finanzperiode 1864 in dem Betrage von 25 Millionen Gulden aufrecht zu erhalten, und wird zu diesem Behufe der Finanzminister ermächtigt, nach Maßgabe des Erfordernisses ausnahmsweise über die im Art. 4 festgesetzte Summe von 80 Millionen noch weitere 20 Millionen Gulden in Partialhypothekaranweisungen im Laufe dieser Finanzperiode gegen dem und in der Weise hinauszugeben, daß, sobald die Kassebestände die vorgeschriebene Höhe wieder übersteigen, die über den festgesetzten Betrag von 80 Millionen Gulden hinausgegebenen Partialhypothekaranweisungen wieder auf diesen Betrag zurückgeführt werden.

Art. 6. Mit dem Schlusse der Finanzperiode hat der Finanzminister einen Ausweis über die Kassebestände und über die im Umlaufe befindlichen Partialhypothekaranweisungen der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrathes zu ihrer Amtsbearbeitung vorzulegen. Die Kontrollkommission hat hierüber mit dem Beginne der reichsräthlichen Session dem Abgeordnetenbause Bericht zu erstatten.

Art. 7. Den hinausgegebenen Partialhypothekaranweisungen sind im Sinne des §. 13 des Gesetzes

vom 13. Dezember 1862, Nr. 96, R. G. Bl. zum Zeichen der geübten Kontrolle von der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrathes mit der Klausel „für die Staatsschuldenkommission“ zu versehen und diese mit der Namensunterschrift des Vorsitzenden und mit der Namensunterschrift eines der Kommissionsmitglieder zu unterfertigen.

Art. 8. Der Finanzminister hat die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verfügungen zu treffen.

Wien, am 17. November 1863.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.

v. Plener m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Freiherr v. Ransonniet m. p.

Der Gesamtstand der zu Ende Oktober 1863 im Umlaufe befindlichen Münzscheine bestand in 7 Mill. 624.118 fl.

Wien, am 20. November 1863.

Vom k. k. Finanzministerium.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 23. November.

Volksversammlungen, Manifestationen, Proklamationen, Eidverweigerungen, Proteste, Freiwilligenschaaren — fürwahr, die Bewegung bezüglich Schleswig-Holsteins nimmt einen sehr bedenklichen Charakter an und die Geister gerathen in eine Strömung, die aufzuhalten nicht leicht sein wird. Was wird der Bund beschließen? das ist die Frage, die in allen Gauen Deutschlands erkönt. Ihm liegt jetzt das vollständige Material in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zur Beschlußfassung vor, und da die dänische Regierung bereits in Holstein-Lauenburg den Huldigungseid fordert, gleichzeitig aber zu Wasser und Land rüstet und in Bereitschaft stellt, so wird der Bund rasch eine Entscheidung treffen müssen. Der Antrag Oesterreichs und Preußens auf Protest gegen die am 18. November erfolgte Sanctionirung der neuen dänischen Verfassung deutet bereits die Richtung an, in welcher vorgegangen werden soll. Soll dieser Protest aber wirksam sein, so muß ihm schnell Nachdruck gegeben werden. Die Frage wegen Zulassung des neubeglaubigten dänischen Gesandten am Bunde, wird wahrscheinlich erst später entschieden werden; wahrscheinlich wird Herr v. Dirking-Holmsfeld Frankfurt bald ganz zu verlassen gezwungen sein. Wiener und Berliner Blätter versichern, daß Oesterreich und Preußen am Bunde erklären werden, sie erachten sich als gebunden an das Londoner Protokoll, und seien weit entfernt, die Erbansprüche des Augustenburgerhauses mit den Waffen in der Hand zu unterstützen. Alle diese Angaben scheinen uns verfrüht zu sein. Die Kabinete von Wien und Berlin werden nicht umhin können, der gewaltigen Erregung im deutschen Volke, welche sich in zahlreichen Meetings und Kundgebungen aller Orten manifestirt, Rechnung zu tragen. Es sind bis jetzt sechs deutsche Regierungen, welche den Herzog von Augustenburg als legitimen Souverän in Schleswig-Holstein anerkannt haben, und sehr bemerkenswerth sind die Schlusssätze eines offiziellen Artikels in der „Gothaschen Zeitung“, an dessen Schluß gesagt wird:

„Der deutsche Bund kann nur den bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen, und es darf nicht bezweifelt werden, daß er das Recht dieses legitimen Fürsten mit den erforderlichen Mitteln schützen,

und, da nöthig, in volle Wirksamkeit setzen werde. Welches deutschen Fürsten Recht wäre noch sicher, wenn dieses dem Ausland zum Opfer fiel.“ Man versichert, daß auch Baiern und Sachsen für Augustenburg sind, und am Bunde gegen die Zulassung eines Bundes-Bevollmächtigten des Königs von Dänemark Protest erheben werden. Nach der „N. Fr. Ztg.“ fehlt am Bunde nur mehr Eine Stimme, um für die sofortige Ausführung der Bundes-Exekution in Holstein die Majorität zu erlangen.

Wie zu erwarten war, überschreiten die Wuthausbrüche der englischen Blätter gegen die „Freiheit des Augustenburger“ und die „Reinheit“ Deutschlands, die Herzogthümer für sich in Anspruch nehmen, alle Grenzen. „Times“, „Morning Post“, „Herald“, „Daily News“, „Star“, „Standard“, alle schreien, drohen und fluchen, und berufen sich auf das Londoner Protokoll. Nur „Daily Telegraph“ und „Advertiser“ sind so ehrlich, es auszusprechen, daß hinter der Legitimitäts-Frage die Sache der Volksfreiheit und des nationalen Rechts steht.

Von den französischen Blättern meinen „Debats“, die Frage sei jetzt viel einfacher geworden, während „La Nation“ findet, daß sie verwickelter denn je sei. „Sollte der Krieg etwa ausbrechen, bevor die Mächte sich noch über die Einladungen zum Pariser Friedenskongresse ausgesprochen haben?“ fragt „La Nation“. Die „France“ erklärt sich unbedingt für Christian IX. „Die Lage ist sehr ernst“, sagt sie, „und der vom Kaiser vorgeschlagene Kongreß könnte auch in dieser Beziehung den glücklichsten Einfluß ausüben.“ Die anderen Blätter plaidiren für das Londoner Protokoll und dessen Aufrechterhaltung.

Was nun die Kongreßfrage betrifft, so meldet der Pariser Telegraph zwar unablässig, daß derselbe zu Stande gebracht sei; aber aus allen vorliegenden Berichten geht unstreitig das Gegentheil hervor. Man nimmt an, aber im Prinzip und mit Vorbehalten.

Eine sehr treffende Aeußerung über den Kongreß legt man Thiers in den Mund: „Wenn die Doktoren zur Konsultation über einen Kranken zusammenkommen, so ist das in der Ordnung“, soll er gesagt haben: „aber eine Versammlung von lauter Patienten, die miteinander über ihre Leiden, faulen Schäden und Geschwüre sprechen, ist ein trübseliges und beklagenswerthes Schauspiel.“

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 20. November.

(Schluß.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Angelegenheit der Lemberg-Gzernowitzer Bahn.

Sektionschef Kalchberg erklärt, er bedauere, die zugesagte Vorlage heute noch nicht einbringen zu können, da er die präzisirte neue Erklärung des Hrn. Klein erst gestern erhalten habe. In derselben kommen Abweichungen von der früheren Regierungsvorlage vor. Die Eigenthümlichkeit des Falles überhaupt mache nur Beratungen notwendig, weshalb die Regierungen einen neuen Anfschub verlangen müßte.

Herbst beantragt: „Das hohe Haus möge beschließen, seinen Ausschuß anzuweisen, daß er in möglichst kurzer Frist dem Hause motivirte Anträge erstatte.“

Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich Berger und Mühlfeld theilnehmen und sich für den Antrag Herbst aussprechen, stellt Steffens den Zusatzantrag, den bestehenden Ausschuß um drei Mitglieder zu verstärken, da zwei Mitglieder desselben verhindert sind, den Sitzungen desselben beizuwohnen.

Der Antrag Herbst wird sodann mit dem Zusatzantrag angenommen.

Es wird zur Wahl geschritten. Die Stimmzettel werden abgegeben und die Sitzung zum Behufe des Skrutiniums unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung theilt Präsidant das Resultat des Skrutiniums mit. Die absolute Majorität erhielt bloß Dr. Herbst, weshalb zur Nachwahl, und da in derselben kein Resultat erzielt wurde, zur engeren Wahl geschritten wird. Das Skrutinium ergibt als gewählt: die Abgeordneten Grocholski und Schindler.

Es wird zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung: Einnahmen vom Staatseigenthume, Staatsforste, übergegangen. In Erfrankung des Berichterstatters Grafen Hartig übernimmt Abg. Lohninger die Berichterstattung. Das Bruttoerträgnis ist für die 14monatliche Periode mit 13,123,424 fl. veranschlagt. Nach Abzug der Abfuhr an die Bank bleiben zur Abfuhr an die Staatskasse 6,300,380 fl.

Abg. Goriup gibt eine in historisches Detail eingehende Skizze der Forstverhältnisse und eine Kritik des Verfahrens der Forstbehörden im Glitscher Bezirke, stellt aber bezüglich der Berücksichtigung der erhobenen Beschwerden keinen Antrag, da er von der Initiative des Ministeriums Abhilfe hoffe und erwarte.

Finanzminister v. Plener erklärt, eine Passivität der Forste, deren Veräußerung an die Gemeinden Goriup wünscht, sei in Wahrheit nicht vorhanden; ein Ertrag konnte allerdings bisher nicht aufgeführt werden, weil die Waldungen während des mit der Gemeinde geführten, nun für das Areal gewonnenen Prozesses in Sequestration begriffen waren. Nun aber werde sich dies ändern und sei ein Ertrag allerdings in Aussicht. Was die Situation der Gemeinden betrifft, für welche Goriup gesprochen, so sei deren Berücksichtigung im vorliegenden Falle ein Gegenstand der Exekutive; er (Redner) nehme aber keinen Anstand zu erklären, daß er es sich angelegen sein lassen werde, die thunlichsten Rücksichten, natürlich mit Wahrung der Interessen des Aerals, walten zu lassen.

Baron Riese-Stallburg würde es bedauern, wenn die großen ärarischen Waldböckste veräußert würden, da sie doch dazu bestimmt und geeignet sind, dem Bedarf der Industrie zu dienen. Leider sei die Bewirtschaftung nicht tadellos; der Grund davon liege wohl auch darin, weil bei uns der Schwerpunkt der Verwaltung im Ministerium liegt, und der Forstbeamte mehr mit Papier und Feder, als mit den Bäumen zu thun hat. Man dürfe aber nicht verkennen, daß die Staatsforste im Einkommen des Staates eine wichtige Rolle spielen, und er empfehle daher eine bessere Organisation des Forstverwaltungsdienstes.

Die obige Summe des Bruttoerträgnisses wird genehmigt.

Bezüglich des vom Bruttoertrag abziehenden Erfordernisses pr. 10,027,182 fl. macht Riese-Stallburg darauf aufmerksam, daß bezüglich der Servituten mit Sorgfalt und Sparsamkeit zu Werke zu gehen wäre. Das Erträgnis der Forste beläuft sich nur auf 3,100,000 fl., durchschnittlich auf 70 kr. pr. Joch. Dies rühre daher, daß viele Waldungen zu sehr mit Servituten belastet, andere aber ohne Kommunikationen sind. Diesen Uebelständen wäre abzuhelfen.

Der Ausschussantrag wird hierauf angenommen.

Das aus dem Titel der Konfiskation in der Verwaltung des Staates befindliche Vermögen ist mit einem Erträgnisse von 723,941 fl. und einem Erfordernisse von 452,751 fl. veranschlagt, wovon sich ein Ueberschuß von 271,190 fl. ergibt. (Ohne Debatte angenommen.)

Voranschlagsrubrik: „Aerarial-Fabriken“ (Berichterstatte Rosthorn) begreift in sich die Staatsdruckereien in Wien, Lemberg und Temesvar, die Papierfabrik in Schlöggelmühle, die Porzellanfabrik in Wien.

Der Ueberschuß beträgt bei der Staatsdruckerei in Wien 25,641 fl. für die 14monatliche Periode. — Die Staatsdruckerei in Lemberg ergibt einen Ueberschuß von 20,595 fl., jene in Temesvar weder Ueberschuß noch Abgang. Der Ueberschuß der Schlöggelmühler Papierfabrik beläuft sich mit 77,585 fl., wobei die Kosten der auszuführenden Neubauten schon in Abzug gebracht sind.

(Diese Beträge werden genehmigt.)

Die Porzellanfabrik in Wien, deren Auflösung im Zuge ist, zeigt einen Ausfall von 238 fl.

Abg. Mende bespricht den im vorigen Jahre vom Herrenhause ausgesprochenen Wunsch wegen Verwandsung dieser Fabrik in eine Industrieschule und meint, die Porzellanfabrik sei ein Kunstinstitut und sollte als solches behandelt werden. Er sei gegen die Auflösung, denn der Privatindustrie sei eine künstlerische Ausbildung der Porzellanfabrikation nicht möglich, weil sie den Gewinn im Auge haben muß. Die ärarische Porzellanfabrik habe nicht die Aufgabe, ein Erträgnis zu liefern, sie habe mit der Privatindustrie nicht zu konkurriren, auf dieselbe also auch nicht zu drücken. Der Finanzminister hätte, bevor er sich für die Auflösung der Fabrik entschied,

nicht bloß mit dem Unterrichtsminister, sondern auch mit dem Handelsminister Rücksprache pflegen sollen.

Steffens repliziert gegen die Ausführungen Mende's und meint, die Kaiserl. Porzellanfabrik sei durchaus nicht mehr auf dem Standpunkte, den Privatfabriken als Muster zu dienen, höchstens bezüglich der Kostspieligkeit der Produktion.

Dr. Herbst findet es in der parlamentarischen Praxis unerhört, gegen einen Beschluß zu polemisieren, zwei Jahre, nachdem er gefaßt wurde.

Finanzminister v. Plener theilt mit, daß er in der That nicht bloß mit dem Unterrichtsminister, sondern auch mit dem Handelsminister Rücksprache gepflogen habe.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Es wird nun noch eine Interpellation von Lohninger und Genossen verlesen, welche das Vorgehen der stiermärkischen Finanzbehörden bei Verzehrungssteuerabfindungen zum Gegenstande hat. Der Finanzminister erklärt, dieselbe in einer der nächsten Sitzungen beantworten zu wollen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag.

Ausland.

Frankfurt, 19. November. Unmittelbar nach der Eröffnung der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung stellte Herr Dr. Stern folgenden Antrag: Die gesetzgebende Versammlung richtet an den Senat die dringende Aufforderung, die Anerkennung des bisherigen Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg auszusprechen und durch den Gesandten der freien Stadt Frankfurt beim Bundestage diese Anerkennung durch das Organ des deutschen Bundes auf's Dringendste zu beantragen und zu befördern. — Dieser Antrag fand mehrseitige Unterstützung und wurde sofort ohne Debatte einstimmig zum Beschluß erhoben.

Dresden, 21. November. Ein Extrablatt des heutigen „Dresdener Journals“ bringt ein Frankfurter Telegramm folgenden Inhalts: In der heutigen Bundestagsitzung notifizirte der dänische Gesandte das Ableben des Königs Friedrich und die Thronbesteigung Christians IX. Das Präsidium legte ein Schreiben des badischen Bundestagsgeandten nebst einer Vollmacht vor, worin der Regierungsantritt des Erbprinzen von Augustenburg notifizirt, und die Verzichtsurkunde des Herzogs Christian vom 16. November mitgetheilt wird. Ebenso wird eine Verwahrung Dänemarks mitgetheilt, ferner eine Erklärung Oesterreichs und Preußens mit einem Proteste gegen die neue dänische Verfassung; dann Anträge Badens, Weimars, Meiningens, Altenburgs, Coburgs und Oldenburgs wesentlich dahingehend, daß bei dem dänischen Thronwechsel die Rechte der Herzogthümer, Deutschlands und des Erbprinzen Friedrich auf die Erbfolge gewahrt und ein Gesandter des Königs Christian nicht zugelassen werde; endlich den Antrag Inhalts, den König Christian nicht als Herzog von Lauenburg anzuerkennen. Sachsen und Mecklenburg wahren ihre eigene Erbsprüche auf Lauenburg.

Der dänische Gesandte legt Verwahrung gegen alle Anträge mit Bezugnahme auf das Londoner Protokoll und den Beitritt des Herzogs Christian und des Großherzogs von Oldenburg zu diesem Protokolle ein. Der bairische Gesandte gibt die Erklärung ab, das Londoner Protokoll sei für den Bund nicht vorhanden. Die eingegangene Eingabe der Mitglieder der holsteinischen Ständeversammlung bittet um Maßregeln, damit die Entscheidung dem Rechte und nicht der Gewalt anheimfalle.

Leipzig, 22. November. Die gestern hier tagende Volksversammlung von 3000 Personen hat nach den Anträgen Wiedemann's und Wulke's folgenden Beschluß gefaßt:

„Nach dem Tode des Königs von Dänemark ist nur die Augustenburg'sche Linie in den Herzogthümern Schleswig und Holstein erbberichtigt. Dadurch werden diese Länder rechtlich und thatsächlich von Dänemark getrennt. Diese Trennung allein vermag die unerhörten Bedrückungen unserer dortigen Stammgenossen und die Beschimpfung unserer Nationalität durch die Dänen zu beenden, die Wuchststellung Deutschlands zu wahren und die für die Sache Schleswig-Holsteins verpfändete Ehre Deutschlands einzulösen.“

Es wurde sodann beschlossen, eine Adresse an den König von Sachsen durch eine Deputation zu richten, und den Abgeordnetenhäusern von Wien und Berlin die gefaßten Beschlüsse mitzutheilen.

Hamburg, 21. November. Allen holsteinischen Beamten ist von Kopenhagen der Befehl zugegangen, dem Könige Christian IX. den Huldigungseid zu leisten. Die Universitätsprofessoren, Mitglieder der Oberappellation, Gerichts- und andere Beamte wollen den Eid verweigern.

Aus **Neapel** schreibt man der „Gen.-Corr.“ vom 14. d. M.: Im Laufe der letzten Tage erschien

vor dem Kloster S. Eremo Nuovo eine Abtheilung Versagliert mit einem Hauptmann, welcher unter Schimpfen und Schreien den Prior des Klosters zu sprechen verlangte. Als Letzterer erschien, warf ihm der Offizier ein Papier vor die Füße mit den Worten: „Andate al Diavolo!“ Die Schrift enthielt eine Ordre des Präfecten, sowie des kommandirenden Generals an den Prior und seine Mönche, welche angewiesen wurden, das Kloster mit ihrer sämtlichen Habe binnen vierundzwanzig Stunden zu räumen und den königlichen Truppen zu übergeben. Da die armen Geistlichen noch vierundzwanzig Stunden noch nicht alle Effekten fortgebracht hatten, so gab der Versagliert-Hauptmann seinen vom Klosterwein trunkenen Leuten das Zeichen zum „Sturme!“ Die Soldaten prügten die Mönche mit Kolbenstößen zur Thüre hinaus, zerlugen Fenster und Möbel, ließen den Wein in den Kellern ausrinnen, kurz, begingen die schändlichsten Exzesse. Zuletzt wurde ein Marienbild, das über dem Hauptthore des Klosters hing, herabgerissen und dafür die Worte: „Evviva Vittorio Emanuele“ hingeschrieben. Die Leute der Nachbarschaft, welche dem Trevel zusahen, gingen unter Kreuzeszeichen entsetzt von dannen!

Paris. Das „Exposé de la Situation de l'Empire“ (Blaubuch) gibt über die disponiblen Land-Streitkräfte folgende sehr beachtenswerthe Angaben. Am 1. Oktober 1863 befanden sich 436,986 Mann unter den Fahnen, circa 20,000 Mann mehr, als in dem votirten Finanzgesetze figurirten. Von diesen 436,986 Soldaten waren 325,316 im Innern und 111,670 im Felde; 59,651 in Algier, 15,560 in Italien, 1878 in China und Cochinchina und 34,581 in Mexiko. Die Zahl der Reservisten war am 1. Oktober 217,261. — Wie man sieht, kann die Landarmee 650,000 Mann aufstellen, wobei nicht zu übersehen ist, daß unter diesen 650,000 Mann nicht weniger als 176,685 gedienter kriegsgeworbener Soldaten als Freiwillige, Stellvertreter u. dgl. dienen. Ueber den Effectivbestand der Kavallerie- und Trainpferde gibt das offizielle Dokument keinen Aufschluß; es sagt nur, daß 17,587 Pferde und Maulthiere an die Landwirthschaft verliehen sind.

— Aus **Paris**, 20. November, meldet man der „Presse“: Das Tuilerien-Kabinet hat Nachricht, daß die Absicht besteht, in der schleswig-holsteinischen Streitfrage das Schiedsrichterkomitée dem Könige Leopold der Belgier zu übertragen.

Von den zweiundzwanzig zum Kongreß geladenen Staaten haben bis jetzt fünfzehn im Prinzip die Einladung angenommen, darunter Rom und Württemberg, als erste akzeptirende deutsche Regierung. Die Notifikation der Annahme von Seite Rußlands wird erwartet.

Paris, 21. November. Das „Mémorial diplomatique“ veröffentlicht mit Rücksicht auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit den geheimen Artikel des Berliner Vertrages von 1850, durch welchen Preußen sich verpflichtete, an den Unterhandlungen theilzunehmen, zu welchen Dänemark behufs Regelung der Successions-Ordnung die Initiative ergreifen würde. In einer preussischen Depesche vom 30. Dezember 1851 wird überdies erklärt: die durch das europäische Interesse geforderte dänische Succession sei untheilbar, die Ansprüche der Augustenburger seien zweifelhaft und Preußen würde die Succession der Glücksburger und ihrer männlichen Descendenten begünstigen.

Kopenhagen. Das Drängen der Ultra's ließ dem König keine Zeit, sich wegen Vollziehung der Verfassung im Sinne seiner Antwort lange zu beschäftigen. Der „N. Z.“ wird darüber geschrieben: Im März 1848 gelang es den damaligen Stimmführern in Kopenhagen, mit Hvidt und Orla Lehmann an der Spitze, den König Friedrich VII. zur Ernennung des sogenannten Casino-Ministeriums zu zwingen. Soeben ist mit demselben Erfolge bei dem neuen König eine ähnliche Demonstration zu Gunsten der Sanction des dänisch-schleswig'schen Grundgesetz-Erwurfs und seiner Urheber, der Mitglieder des Hall'schen Kabinetts, durchgeführt worden. Nach kurzem Sträuben ist dem neuen König begreiflich gemacht worden, daß er sich nur auf dem Thron behaupten kann, wenn er, wie sein Vorgänger, sich zum willenlosen Werkzeug der Eiderdänen vergibt; das gegen ihn herrschende Mißtrauen wird ihn fort und fort zwingen, nur um so bündigere thatsächliche Beweise seines Einverständnisses mit der herrschenden Partei zu geben. Er hat bei dieser ersten entscheidenden Probe nur 24 Stunden zu der von ihm verlangten „reife Ueberlegung“ gebraucht. Mit den Schleswig-Holsteinern hat er durch diesen Schritt für immer und unwiderruflich gebrochen, und diese wissen nun, wie sie daran sind.

Kopenhagen, 21. November. Heute wurde Ordre gegeben, zwei Schraubenregatten, zwei Schraubenkorvetten und zwei Panzerboote auszusrüsten. Die beiden letzteren, nebst einem Dampfer mit Transporthaluppen gehen bereits morgen nach der Ostsee.

Die „Berling'sche Zeitung“ meldet eine bedeutende Verurteilung von Mannschaften.

Petersburg, 11. November. Dem Vernehmen nach sollen, zufolge des Dislokationsplanes der Truppen im Kaiserreich, Finnland und die Ostsee-Provinzen mit 250.000 Mann besetzt werden; Polen erhält 150.000 Mann, der Südwesten und Bessarabien 190.000 Mann, Odessa, Nikolajew, die Krimm 70.000 Mann, das Land am asow'schen Meere und am Kaukasus 110.000 Mann, zusammen also circa 750.000 Mann. Es ist, wie bereits gemeldet, die Bildung eines dritten Reserve-Korps verfügt, welches aus zwölf neuen Infanterie-Regimentern (drei Divisionen) bestehen soll. Die Regimente werden aus den vierten Reserve-Bataillonen der vierten Reserve-Division so zusammengefasst, daß ein jedes drei Bataillone erhält.

Bukarest, 19. November. Der Finanzminister Sterge stellte den Antrag, die Steuern für das letzte Quartal 1863, obgleich die Kammer das Budget nicht votirt hat, erheben zu dürfen. Die Kammer übergab den Antrag einer Kommission zur Prüfung.

Tagesbericht.

Laibach, 24. November.

Gestern ist Herr L. A. Zellner von Graz hier eingetroffen und nächsten Freitag wird bereits das erste historische Konzert stattfinden. Das Programm, das uns mitgeteilt wurde, ist ein hochinteressantes und wir versprechen uns einen außergewöhnlichen Genuß. Bei dem ausgesprochenen Sinn unserer gebildeten Gesellschaft für Musik läßt sich auf einen zahlreichen Besuch eines solchen, hier noch nicht dagewesenen Konzertes schließen, und um das Verständnis zu erleichtern, werden wir vorher einige geschichtliche und biographische Notizen mittheilen.

Im bevorstehenden Fasching soll hier ein Narrenabend abgehalten werden, zu welchem die Mitglieder der philharmonischen Gesellschaft, der Casino-Gesellschaft, des Schützenvereins und des Laibacher Turnvereins Zutritt haben sollen. Die Arrangements sind Turner, Sänger und Schützen. Das Comité hat sich Sonntags bereits konstituiert und sich in Subcomité's getheilt, von welchen das Programmcomité gestern seine erste Besprechung hielt.

Das k. k. Bezirksgericht Radmannsdorf fordert nicht weniger als 446 Pupillen oder deren Rechtsnachfolger auf, die für sie in der dortigen Waisendepositenkasse befindlichen Privatschuld-Urkunden binnen 6 Monaten zu erheben. Das Verzeichniß der Pupillen ist in dem heutigen Amtsblatte enthalten.

Die Zahl der Eretinen in Steiermark, wozu auch irrtümlich Schwachfinnige, trottelhafte Kropfige, Blöde, Taubstumme zc. gezählt werden, soll sich auf circa 6000 belaufen; wirkliche Eretinen jedoch sollen im Lande, nach Dr. Macher kaum 600 vorhanden sein.

Adolph Schmidl, Professor am Polytechnicum in Pest, bekannt unter dem Namen der Höhlen-Schmidl, weil er sich jahrelang mit der wissenschaftlichen Untersuchung und Erforschung der unterirdischen Gänge und Höhlen in Oesterreich befaßte, (sein Werk über die Weisberger Grotte ist bekannt) ist gestorben.

(Kinderpest.) Nach Mittheilung aus Zivl.-Kroatien ist in der Zwischenzeit die Kinderpest in mehreren Ortschaften, unter anderen auch in Agram ausgebrochen. Ebenso ist dieselbe in den Ortschaften Sissel und Bislovci wieder zum Vorschein gekommen. Der Zuwachs an erkranktem Hornvieh beläuft sich auf 1123 Stück. Davon sind 190 Stück genesen, 916 Stück gefallen und 95 Stück gekent worden. Im Ganzen sind seit Beginn der Seuche bei einem Gesamtstornviehstande von 22.989 Stücken 4627 Stück erkrankt, 807 Stück genesen, 3577 Stück gefallen, 137 Stück gekent worden und 106 Stück verblieben in der Heilung. Der Gesamtverlust beträgt somit 3714 Stück.

Wien, 22. November.

Am kais. Hofe werden, so viel bis jetzt bestimmt ist, diesen Winter zwei große Hofbälle und drei Kammerbälle, dann zwei Bälle in den Appartements der Frau Erzherzogin Sophie abgehalten werden.

Oesterreichische Orden tragen gegenwärtig 5989 Personen. Hierunter gibt es 58 Besitzer des goldenen Bließes, 105 des Theresien-, 214 des Stephan-, 1535 des Leopold-, 1427 des Franz Josephs-Ordens und 2650 des Ordens der eisernen Krone.

Deutsch-Oesterreichische Abgeordnete sollen mit Führern der deutschen Fortschrittspartei am 6. Dezember in Nürnberg eine Zusammenkunft haben; man nennt Berger, Brinz, Fleck, Groß, Hann, Mühlfeld und Nechbauer, welche bereits ihre Hinreise zusagten.

Joseph Maysefer, der Violinvirtuose, hat gestern Mittags 1 Uhr nach kurzem Krankenslager das Zeitliche gesegnet. Die Kaiserstadt verliert eine ihrer ersten und größten Zierden im ausübenden Musik-

fache. Der Verstorbene hatte den Titel eines kaiserlichen Kammervirtuosen und war mit dem Ritterkreuz des Franz Josephs-Ordens geschmückt. Die Schüler dieses Meisters gehören fast in allen Welttheilen zu den besten und hervorragendsten Mitglieder der Orchester. Maysefer erreichte das 74. Lebensjahr.

Der Bischof von Beszprim, Herr von Ranel, hatte vorige Woche die Ehre, im Schlosse zu Schönbrunn von Ihrer Majestät der Kaiserin in einer besondern Audienz empfangen zu werden. Die Monarchin empfing den Bischof, zu dessen Prärogativen es bekanntlich gehört, den Titel des Kanzlers der Königin zu führen, auf das Huldvollste. Mehrere Andeutungen Ihrer Majestät der Kaiserin, welche auf das Wärmste ihre Liebe und Zuneigung zu der ungarischen Nation und zu deren Vaterland hervorhob, lassen mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß die Reise der beiden Majestäten nach Ungarn noch immer nicht aufgegeben sei, sondern vielmehr in naher Aussicht stehen dürfte. Bei der Audienz waren auch der Kronprinz Rudolph und die Erzherzogin Gisela anwesend. Der Kronprinz unterhielt sich längere Zeit in sehr gemüthlich heiterer Weise mit dem greisen Bischof, und zwar in ungarischer Sprache, die der Kronprinz bereits ganz vortrefflich und mit dem besten Accent spricht. Die Erzherzogin Gisela hingegen, die sich insbesondere durch ein ernstes Benehmen auszeichnet, bediente sich in der Unterhaltung mit dem Bischof der französischen Sprache. Die Audienz dauerte eine Stunde.

Baron Sina erhielt vom Kaiser Napoleon ein eigenes Handschreiben als Einladung zu den gegenwärtig abzuhaltenden großen Hofsagden in den kais. Thiergärten, woselbst nicht nur eine großartige Hochwildjagd, ja sogar Parforce-Jagden veranstaltet werden. Baron Sina ist sofort der Einladung gefolgt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Pest, 22. November. Baron Bay ist gestern hier angekommen. Großfürst Konstantin reist heute noch nicht nach Wien. Er wohnt, wie Baron Bay, im „Hotel Europe“.

Frankfurt, 22. Nov. Die heutige „Europe“ veröffentlicht den Text der Anträge und Erklärungen aus der gestrigen Bundestagsitzung.

Der Antrag Oesterreichs-Preußens lautet nach der „Europe“ wörtlich: Der Beschluß der hohen Bundesversammlung wegen der deutsch-dänischen Differenz vom 9. Juli 1863 ist, nach seinem dritten und vierten Erwägungsgrunde, namentlich auch deshalb gefaßt worden, weil Dänemark dem deutschen Bunde gegenüber die Verpflichtung eingegangen: das Herzogthum Schleswig weder dem Königreiche Dänemark einzuverleihen, noch irgend welche dies bezweckende Schritte zu übernehmen. Jener Beschluß ist der königlich-dänischen Regierung nicht bloß durch den Bundestagsgesandten für Holstein und Lauenburg zugefertigt, vielmehr sind, um der Beziehung desselben zu Schleswig willen, auch die Regierungen von Oesterreich und Preußen von der hohen Bundesversammlung ersucht worden, denselben durch ihre am königlich-dänischen Hofe beglaubigten Gesandten der königlich-dänischen Regierung mitzutheilen. Dies ist geschehen. Dennoch hat die k. dänische Regierung dem dänischen Reichsrathe ein für das eigentliche Königreich und für das Herzogthum Schleswig bestimmtes, die Inkorporation Schleswigs bezweckendes Verfassungsgesetz vorlegen lassen, und es ist diesem von dem dänischen Reichsrathe in dreimaliger Lesung angenommenen Gesetze, öffentlichen Blättern zufolge, am 18. November in Kopenhagen die k. Sanction erteilt worden. Die königl.-dänische Regierung kann zwar selbstverständlich die Inkorporation Schleswigs ausschließenden Rechte des deutschen Volkes nicht vermindern; es erscheint der k. k. Oesterreichischen und der k. preussischen Regierung aber doch erforderlich, daß ein solcher Vorgang, welcher deutlich einen förmlichen Bruch der zwischen dem deutschen Bund und Dänemark getroffenen Stipulationen konstatirt, auch nicht zeitweise mit Stillschweigen übergangen, vielmehr gegen denselben und gegen alle und jede Folgerung, welche daraus zum Nachtheile der Rechte des deutschen Bundes gezogen werden könnte, Protest eingelegt werde.

(Baden.) Der großherzogliche Gesandte ist von seiner a. b. Regierung beauftragt worden: 1. Der hohen Bundesversammlung zur Anzeige zu bringen, daß der großherzoglichen Regierung von Seiten des bisherigen Erbprinzen Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg sein Antritt der, durch des König Herzogs Friedrich VII. erledigten Erbfolge in die deutschen Bundesländer Holstein und Lauenburg als Herzog Friedrich VIII. von Holstein notifizirt worden ist. 2. In Erwägung, daß nach früherer zur Kenntniß der hohen deutschen Regierungen und der hohen Bundesversammlung gelangten Vorgängen eine

Bestreitung der legitimen Erbfolge in den deutschen Bundesländern Holstein und Lauenburg von anderen Seiten nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit liegt, zu beantragen: „der deutsche Bund wolle die legitimen Rechte der Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg und die mit denselben zusammenhängenden sonstigen Rechte dieser Bundesländer, welche aus Anlaß des erfolgten Thronwechsels in Frage gestellt werden könnten, wahren und schützen und keine Beeinträchtigung oder Präjudicirung derselben in irgend einer Weise zulassen und schon jetzt in Verathung ziehen, mit welchen Mitteln entstehenden Falles der deutsche Bund diesen Rechten Schutz angedeihen lassen und sie zur Geltung bringen könnte.“

Weimar, Meiningen, Altenburg beantragen:

1. Die Bundesversammlung wolle in Erwägung ziehen, welche Maßregeln geboten erscheinen, um sowohl die Rechte der mit Dänemark bis dahin vereinigten Herzogthümer, als auch die des deutschen Bundes zu wahren. 2. Die Bundesversammlung wolle vor hierüber gefaßter Entschliebung keinesfalls einen Akt zulassen, durch welchen der jetzt regierende König von Dänemark sich als Regierungsnachfolger in Holstein-Lauenburg geriren würde, also namentlich keinesfalls einen vom regierenden Könige von Dänemark für Holstein-Lauenburg ernannten Bundesgesandten anerkennen und zulassen.

Anhalt beantragt:

Der Bund wolle den König von Dänemark, Christian IX., als Herzog von Lauenburg nicht anerkennen.

Berlin, 22. November. Lebhaftere Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in der Schleswig-Holstein-Frage. England nicht zu verlegen, ist Hauptschwierigkeit. Es handelt sich darum, die Verfassungsfrage von der Successionsfrage genau zu sondern. In letzterer stellt sich Oesterreich auf den Boden des Londoner Vertrages, Preußen wankt noch. In der Verfassungsfrage sind beide Staaten einig; die Reception der neuen dänischen Verfassung verlegt die Rechte des deutschen Bundes. Holstein ist ruhig, man wird dort nur passiven Widerstand üben. (Oest. Ztg.)

Berlin, 22. November. Die liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses verließen gestern in getrennten Versammlungen die schleswig-holsteinische Frage. Die Fortschrittspartei acceptirte folgende Resolution Virchow's: „Pflicht und Interesse gebieten, daß Deutschland die Herzogthümer in ihren alten Rechten schütze, den Erbprinzen Friedrich als Herzog anerkenne und in seine Staaten einsehe.“ Das linke Centrum acceptirte eine Resolution des Abgeordneten Spibel's, welche mehr Preußen betont. Eine Einigung beider Fraktionen ist zweifellos. Wahrscheinlich wird die Resolution in der morgen stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden.

Gotha, 21. November. Der großh. badische Gesandte in Wien, Freiherr v. Edelsheim, ist mit einer vertraulichen Mission seines Souverains an den Prinzen von Augustenburg hier anwesend. Es haben mehrfache Unterredungen stattgefunden.

Hannover, 22. November. Eine große Volksversammlung von beiläufig 12.000 Menschen aller Stände beschloß unter endlosem Jubel eine Petition an das Ministerium; dasselbe möge dem Könige ein sofortiges Einrücken der entsprechenden Truppentruppen in Schleswig-Holstein zur Aufrichtung der legitimen Regierung rathen.

Hamburg, 22. November. Heute fand eine Versammlung, aus ungefähr 2000 Schleswig-Holsteinern und Gesinnungsgenossen bestehend, hier Statt. Dieselben nahmen die Resolutionen des hiesigen Nationalvereins an und meldeten sofort diesen Beschluß telegraphisch dem Nationalvereinsauschusse in Berlin. Der Präsident theilte der Versammlung mit, der alte General Graf Baudissin sei bereit, das Kommando über die Freiwilligen zu übernehmen. Ferner wurde mitgetheilt, daß 55 in Kiel versammelt gewesene Beamten, meist Geistliche und Advokaten, entschlossen seien, den verlangten Huldigungsseid zu verweigern.

Paris, 22. November. Die depossedirten italienischen Regentenhäuser wollen zu dem Kongresse einen beglaubigten Vertreter senden. Spanien beabsichtigt beim Kongresse die Gibraltar-Frage neuerdings zur Sprache zu bringen. Die Fürsten von Serbien und Rumänien verlangen am Kongresse theilzunehmen; man wies diesen Wunsch zurück, da der Sultan als Souverain auch die Vasallenstaaten repräsentire.

Brüssel, 21. November. Es ist falsch, daß der König von Belgien in Betreff des Kongresses Mittheilungen in London, Wien und Berlin gemacht habe. Die vom Abtheilungschef Lebeau in Wien und Berlin übergebenen Depeschen beziehen sich auf die Regelung der Scheldezollzahlung. Die Antwort Belgiens in Betreff des Kongresses ist festgestellt und wird Anfangs der nächsten Woche abgehen. Sie enthält die Annahme im Prinzip, jedoch mit Reserven.

Effekten und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 23. November 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 73 25	Silber 123 50
5% Nat. = Aut. 79 90	Londen 122 97
Bankaktien . . . 781	R. f. Dukaten . . 5 91
Kreditaktien . . . 177 9)	
1860er Lose . . . 90 95	

Fremden-Anzeige.

Den 21. November 1863.

Die Herren: Ritter v. Sponar, k. k. Telegrafens-Inspektor. — Camus und Covazio, Handelsleute, von Triest. — Hr. Gregel, Zahnarzt, von Klagenfurt. — Die Herren: Pfanhauser, — Perdan und Klammer, Kaufleute, von Wien. — Hr. Gaspari, Holzhändler, von Planina.

Den 22. Hr. v. Portenschlag, k. k. Oberlieutenant, von Italien. — Hr. Lang, Dampfsmühleneigenthümer, von Raasdorf. — Hr. Lorggler, Wachsfabrikant, von Graz. — Hr. Drasche, Müller, von Marburg. — Hr. Poltschek, Oekonom, von Großangersdorf.

Ein junger Mohr, von katholischen Missionären in Central-Afrika losgekauft, gekauft und erzogen, und in Neapel und Laibach in den untern Gymnasial-Klassen unterrichtet, der nebst seiner Muttersprache das Italienische fertig schreibt und spricht, und in der deutschen Sprache sich bereits allgemein verständlich auszudrücken weiß, gegenwärtig im Alter von 16 bis 17 Jahren steht, gesund, proportionirt und kräftig gebaut ist, und bisher unter der Obhut des katholischen Marien- (Missions-) Vereines stand, und von demselben in moralischer Beziehung bestens empfohlen wird, sucht bei katholischen Herrschaften eine entsprechende Bedienung. Auskünfte ertheilt aus Gefälligkeit die Redaktion dieses Blattes.

3. 535. a (1) Nr. 7127.

Einladung.

Der Wechsel des Jahres naht heran und mit demselben erneuert sich die löbliche Gewohnheit, zum Besten des Armenfondes sich mittelst Behebung der Enthebungskarten von den Neujahrs-, Geburts- und Namenstags-Wünsche zu befreien.

Wenn auch dankbar anerkannt werden muß, daß viele Bewohner dieser Stadt durch freiwillige Beiträge die Armen-Institutskommission in die erfreuliche Lage versetzt haben, in die Theilnahme mit täglichen Armenportionen circa Hundert neue Arme aufzunehmen, so kann doch auf diese Ertragsquelle nicht verzichtet werden, weil die Armuth im Zunehmen ist und die Tagesportionen mit 13, 10 und 7 Neukreuzer für außerordentliche Fälle nicht ausreichen, überdies aber ein großer Theil der verehrlichen Bewohner an den freiwilligen Beiträgen mittelst der Lösung von Hausbettel-Enthebungskarten sich zu betheiligen noch nicht bereitwillig gewesen ist.

Der Herr Handelsmann Eduard Karinger wird auch für diesesmal die Güte haben, diese Enthebungskarten gegen den bisher üblichen Ertrag, und zwar 35 Neukreuzer für die Neujahrs- und 35 Neukreuzer für die Namens- und Geburtsstags-Enthebungskarten zu verabfolgen, wobei bei der besonderen Mildthätigkeit die selbstständige Bestimmung des Betrages überlassen bleibt.

Von der Armeninstitutskommission.

Laibach am 20. November 1863.

3. 2364. (1) Nr. 16194.

Edikt.

Im Nachhange zum diesgerichtlichen Bescheide ddo. 4. Oktober l. J., 3. 14286, wird kund gemacht, es seien die auf den 14. November l. J. und 14. Dezember l. J. angeordneten I. und II. Feilbietung der, der Gertraud Penartschitsch gehörigen, sub Urb. Nr. 388 ad Sonnegg vorkommenden Realität poto. 157 fl. 56 kr. mit dem als abgehalten erklärt, daß nun zu der, auf den 13. Jänner l. J. angeordneten III. exekutiven Feilbietung geschritten werde.

R. f. k. k. Bezirksamtsgericht Laibach am 9. November 1863.

3. 2356. (1)

Anzeige.

Im Hause Nr. 79 an der Wiener Straße ist ein, für jedes Handlungsgeschäft vollkommen geeignetes Gewölbe mit den dazu gehörigen Lokalitäten und Kellern entweder sogleich oder zu Georgi 1864 zu übernehmen, und das Nähere darüber im 1. Stockwerke bei der Hauseigentümerin zu erfragen.

3. 529. a (2)

Kundmachung.

Nr. 8843.

Die in dem nachstehenden Verzeichnisse enthaltenen, an die gefertigte k. k. Postdirektion eingesendeten Fahrpostsendungen aus dem Verwaltungsjahre 1862 sind von den Aufgebern seit Jahresfrist nicht erhoben worden, weshalb die Eigenthümer eingeladen werden, dieselben unter legaler Nachweisung des Eigenthumsrechtes und gegen Entrichtung der darauf ausfallenden Portogebühren binnen drei Monaten vom Tage dieser Kundmachung hieramts zu erheben, widrigenfalls nach Verlauf dieser Frist nach den Bestimmungen des §. 31 der Fahrpostordnung vom Jahre 1838 vorgegangen werden wird.

Triest am 8. November 1863.

Nr.	Gattung	Aufgabsort	Bestimmungs-ort	Adresse	Wert		Gewicht		Porto		Anmerkung
					fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	
1	Brief	Triest	Bogliuno	Prech	2 50	—	5	—	—	8	
2	"	"	Prising	Rotajo	5	—	—	—	—	24	
3	"	"	Laibach	Sivan	3	—	—	—	—	9	
4	"	"	Althofen	Graf	4	—	—	—	—	10	
5	"	"	Neu-Gradiška	Rezan	10	—	—	—	—	12	
6	"	"	Pordenone	d' Udine	2	—	—	—	—	4	
7	"	"	Oberlaibach	Detti	12	—	—	—	—	25	
8	"	"	Salzburg	Pasch	2	—	—	—	—	11	
9	"	"	Wien	Zamorsky	—	21	—	—	—	38	
10	"	"	Treviso	Feliz	30	—	—	—	—	10	
11	"	"	Sabioncello	Blasich	30	—	—	—	—	11	
12	"	"	Pola	Mikoliz	3	—	—	—	—	9	
13	"	"	Mantua	Spigliatti	30	—	—	—	—	22	
14	"	"	Berona	Lonzhar	1 62	—	—	—	—	15	
15	"	Laibach	Belluna	Peteln	2	—	—	—	—	10	
16	"	"	Gjakurn	Heimfeld	2 50	—	—	—	—	10	
17	"	"	Graz	Kantniker	80	—	2 1/4	—	—	68	Schriften
18	"	"	Berona	Teschek	2	—	—	—	—	15	
19	"	"	Triest	Grasniz	2	—	—	—	—	9	
20	"	"	Katschach	Kropfich	5	—	—	—	—	9	
21	"	"	Wien	Schölbl	4	—	—	—	—	12	
22	"	"	Feistritz	Serbicer	1	—	—	—	—	9	
23	"	"	Klagenfurt	Glaser	2	—	—	—	—	9	
24	"	Pola	Benedig	Bertoni	4	—	—	—	—	10	
25	"	"	Triest	Calos	10	—	—	—	—	9	
26	"	"	"	Peries	2	—	—	—	—	9	
27	"	"	Wien	Lehrer	10	—	—	—	—	13	
28	"	"	Besprin	Pinzeri	5	—	—	—	—	13	
29	"	"	Klagenfurt	Meruzza	2	—	—	—	—	14	
30	"	"	Leitomischl	Zivota	1 13	—	—	—	—	14	
31	"	Görz	Laibach	Novak	10	—	—	—	—	9	
32	"	"	Triest	Lewocki	2	—	—	—	—	8	
33	"	"	Berona	Coesi	4	—	—	—	—	11	
34	"	Monfalcone	Surjun	Kogo	2	—	—	—	—	42	
35	"	Karfreit	Wels	Medwedich	—	15	—	—	—	32	
36	"	Kreßnitz	Wien	Kunstverein	5 20	—	—	—	—	44	
37	Paket	Triest	Sabioncello	Dodesta	2 50	—	13	—	—	59	
38	"	"	Udine	Altman	—	—	1 4	—	—	8	
39	"	"	Palazuolo	Canzoni	—	—	16	—	—	15	
40	"	"	Begen	Bottoni	—	—	2 8	—	—	18	
41	"	"	Genua	Martini	—	—	7 1/4	—	—	17	
42	"	"	Leoben	Oberkircher	—	—	12	—	—	10	
43	"	"	Gleichenberg	Zitte	—	—	8	—	—	15	
44	"	"	Udine	Rubini	—	—	19	—	—	9	
45	"	"	Padua	Pittol	—	—	12	—	—	13	
46	"	"	Wien	Hoffmann	4 64	—	12	—	—	60	
47	"	"	"	Gajo	—	—	8	—	—	18	
48	"	"	Intra	Zeempel	—	—	4	—	—	84	
49	"	"	Wien	Alessino	3	—	28	—	—	53	
50	"	"	Feldkirch	Moser	—	—	2	—	—	52	
51	"	Albona	Graz	Genno	—	—	—	—	—	70	
52	"	Pola	Padua	Fantinessi	1 50	19	—	—	—	2 61	
53	"	"	Agram	Gallo	1	—	16	—	—	45	
54	"	"	Cernowih	Laczak	10	—	5 17	—	—	3 76	
55	"	"	Wien	Brofich	—	—	1	—	—	1 20	
56	"	Görz	Berona	Molieri	1	—	10	—	—	12	
57	"	"	Kann	Baranek	—	—	10	—	—	12	
58	"	"	Wien	Stettinger	—	84	7	—	—	49	
59	"	Laibach	St. Veith	Kuttmar	7 80	—	17 1/4	—	—	26	
60	"	"	Wien	Seidel	2	—	18	—	—	16	
61	"	"	Palma	Schubert	—	20	3 1/4	—	—	21	
62	"	"	Menzenic	Wilhar	—	—	2 24	—	—	40	
63	"	"	Stein	Patzelt	2	—	2 20	—	—	77	
64	"	"	Agram	Wilser	2	—	3 8	—	—	59	
65	"	"	Salzburg	Arndt	10	—	1 28	—	—	87	

3. 2344. (3) Edikt. Nr. 2211.

Im Nachhange des diesgerichtlichen Bescheides vom 1. September 1863, 3. 2211, wird hiemit bekannt gemacht, daß zu der in der Exekutionsfache der Johann Dvornitschen Pupillen, gegen Gregor Severovich von Stojdraga poto. 261 fl. 21 1/2 kr. c. s. c.

auf den 6. November d. J. angeordneten II. Feilbietung kein Kauflustiger erschienen ist, weshalb es bei der III. auf den 4. Dezember d. J. angeordneten Feilbietung zu verbleiben hat.
R. f. k. k. Bezirksamts Landstr., als Gericht, am 7. November 1863.